

## Kakerlake für Knake-Werner

### Flüchtlingsinitiativen zeichnen Berliner Sozialsenatorin aus. Hunderte Migranten in Ausreisezentrum eingewiesen

*Von Birgit v. Criegern*

Eine Auszeichnung der spezielleren Art erhielt am Montag die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS). Die »Initiative gegen das Chipkartensystem« und das »Bündnis gegen Lager Berlin« bescheinigten ihr besondere Verdienste um die rassistische Gesetzgebung und verliehen ihr dafür die »Goldene Kakerlake«.

Die Zeremonie, zu der Knake-Werner erwartungsgemäß nicht erschien, fand mit rund 40 Zuschauern vor dem Dienstgebäude der Senatorin in Berlin-Kreuzberg statt. Mit der Preisverleihung wollten die Aktivisten ihre Solidarität mit Migrantinnen und Migranten ausdrücken, die im Ausreisezentrum der Berliner Motardstraße 101 a leben, und forderten dessen Schließung. Unter Knake-Werner war im Januar 2006 eine neue Ausführungsverordnung zum Paragraph 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft getreten. Seither können die Stadtbezirke Migranten mit Duldungsstatus oder ungeklärter Identität in das Ausreisezentrum einweisen - auch wenn diese eine eigene Wohnung haben. Die Flüchtlingsaktivisten sehen darin eine Nötigung der Betroffenen zur Ausreise oder zum Abtauchen in die Illegalität.

Das Lager in der Motardstraße zählt inzwischen 480 Bewohner, von denen die Hälfte gemäß der neuen Verordnung eingewiesen wurde. Perfide ist die neue Zwangsvorschrift auch wegen der Zustände im Lager: »Die Unterbringung erfolgt in Mehrbettzimmern. Die sanitären Einrichtungen sind in schlechtem Zustand. In der Küche wimmelt es von kleinen Tieren«, zählt Anne Meier von der Chipkarteninitiative auf. Nutznießer der Lagerunterbringung ist die Firma Dussmann, die für die Insassen abgepacktes Fertigessen liefert.

Ausreisezentren gibt es in Deutschland seit 1998 - nach Ansicht der Preisverleiher sind sie symptomatisch für die zunehmende Diskriminierung von Flüchtlingen durch verschärfte Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetze. Unterdessen ist laut ProAsyl die Zahl der Neuanträge auf einen historischen Tiefstand gesunken - im Jahr 2006 lag sie um 27 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Nur 251 Personen erhielten 2006 im Technik- und Forschungsstaat BRD den Asylstatus.